

## **Presse-Mitteilung (Sperrfrist 30.09.2009, 10:30 Uhr)**

### **Psychiatrische Versorgung in Sachsen-Anhalt planlos?**

Halle, den 28. September 2009

### **Sachsen-Anhalt verzichtet als einziges Bundesland seit Jahren auf Psychiatriereferenten und Landespsychiatrieplan - Einsparungen gefährden Versorgung**

Im Rahmen der Landespressekonferenz wird am 30.09.2009 der 16. Bericht an den Präsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt, Herrn Dieter Steinecke, und an die Ministerin für Gesundheit und Soziales, Frau Dr. Gerlinde Kuppe, übergeben. Die Übergabe erfolgt gemeinsam durch Herrn Privatdozent Dr. med. Felix M. Böcker, Vorsitzender der vierten Berufungsperiode, die im April 2009 endete, und Herrn Dr. med. Bernd Langer, Vorsitzender der fünften Berufungsperiode.

Als dringend zu bearbeitende Themen erwiesen sich in diesem Jahr Fragen zur Patientenverfügung, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Alkoholzuteilung in Heimen, Situation im Maßregelvollzug Uchtspringe sowie zur psychiatrischen Versorgung in Altenpflegeheimen. In einem Gastbeitrag informiert die Psychiatriekoordinatorin der Stadt Halle über die Arbeit der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG). Der Tätigkeitsbericht des Ausschusses und die Berichte der sechs regionalen Besuchskommissionen über den Zeitraum von Mai 2008 bis April 2009 vervollständigen die Bestandsaufnahme.

Der Bericht zieht außerdem Bilanz über die Entwicklung der Psychiatrielandschaft seit 2005, dem Beginn der vierten Berufungsperiode. Sie ist nur bedingt befriedigend. Positiv dort, wo sich die Mitarbeiter täglich vor Ort intensiv und zum Teil bis an die Grenzen ihrer Kraft für kranke und behinderte Menschen engagieren und deren Einsatz selten die gebührende gesellschaftliche Anerkennung findet. Äußerst kritisch dort, wo eine sozialpolitische Orientierung für die Entwicklung eines komplexen sozialpsychiatrischen Versorgungssystems fehlt, während andererseits Einsparungen besonders die niedrigschwelligen Hilfsangebote gefährden. Heime wachsen weiter, die vorhandenen ambulanten Angebote können nur das Nötigste auffangen. Werkstätten platzen aus allen Nähten, berufliche Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt gehen gegen Null. Beratungsstellen und Begegnungsstätten laufen über, ohne dass das nötige Personal zur Verfügung steht. Den Kliniken und Praxen gehen die Fachärzte aus. Psychosoziale Kooperationen und Vernetzungen sind schwer aufzubauen und durch verschärftes Konkurrenzverhalten der Träger noch schwerer zu sichern. Im Maßregelvollzug haben verzögerte Mittelzuweisungen zu dramatischem Personalmangel geführt. Die zugespitzte Situation in der Suchtkrankenversorgung überschattet aktuell die ohnehin kritische Lage der psychiatrischen Versorgung. Angesichts drastischer Einsparungen erscheinen die Bekenntnisse der Landesregierung zur Suchtbekämpfung als wenig überzeugend.

Dr. med. Bernd Langer  
Vorsitzender des Ausschusses